

soliaktuell



In Zukunft: »Gute Arbeit«

**G8-Gipfel Juni 2007:
Die Gewerkschaftsjugend
fordert Standards weltweit.
Von René Rudolf**

Als junge GewerkschafterInnen sind wir Teil des Protestes gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Die G8 stehen für eine Globalisierungspolitik, bei der die Liberalisierung des Handels an erster Stelle steht. Die soziale Dimension der Globalisierung bleibt dabei weitgehend ausgeblendet. Gewinnmaximierung für wenige und Verarmung für viele sind die Folgen. Die DGB-Jugend kritisiert, dass die Hauptprofiteure der internationalen Arbeitsteilung die transnationalen Konzerne und Kapitalgesellschaften sind. Oftmals wird nur noch dort investiert, wo die Löhne am billigsten sind.

Die Globalisierung von Kapital- und Arbeitsmärkten hat die Beschäftigten weltweit in Konkurrenz zueinander gebracht. Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde. Junge Menschen werden von Arbeitslo-



G8-Proteste: Lohndumping war gestern

Foto: Jess Hurd / REA / aif

sigkeit und prekärer Beschäftigung besonders hart getroffen: Obwohl sie weltweit lediglich 25 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausmacht, stellt die Gruppe der unter 24-Jährigen fast die Hälfte aller Arbeitslosen.

Der Arbeitsplatzmangel drängt vor allem Jugendliche in Entwicklungsländern in den informellen Sektor. Schätzungsweise 85 Prozent der weltweit neu geschaffenen Jobs sind im informellen Bereich angesiedelt. Und den gibt es nicht ohne schwerwiegende Nebenwirkungen: extrem lange Arbeitszeiten, gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen, befristete Verträge, geringe Bezahlung und fehlender sozialer Schutz.

Die Gewerkschaftsjugend wehrt sich dagegen, dass Arbeit als Ware verstanden wird – und fordert eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Deshalb heißt unser Maßstab »Gute Arbeit«: mit einem Lohn, der ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht, mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und der Möglichkeit zu

INHALT

3 projekte

GewerkschaftsjugendVZ: Gewerkschaftliche Online-Strategien

Discount-Regierung: Billigbeschäftigung für Jugendliche

Hauptthema Arbeitslosigkeit: Internationaler Jugendkongress zu »Guter Arbeit«

Wir sind auch DGB: Junge Polizisten geben Ratschläge zum G8-Gipfel

5 thema

»Ausbildung für alle«: Jugendliche und Gewerkschaften starten Initiative

6 azubi-ratgeber

Immer noch: Verhandlungssache. Termin beim Chef Teil II

7 ausbildung + beruf

Praktika: Alles supi? Die HIS-Studie greift zu kurz

persönlicher Entwicklung und gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Frage danach, wie wir leben und arbeiten wollen, kann nur global beantwortet werden: Nur international gültige Arbeits- und Sozialstandards können Lohn- und Sozialdumping verhindern. Die Schaffung von »Guter Arbeit« bestimmt über unsere Zukunft.

Das will die DGB-Jugend:

- Kernarbeitsnormen müssen Mindeststandards werden
- Die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeits- und Ausbildungsplätze muss zentraler Bestandteil der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der G8-Staaten werden
- Mindestlöhne und existenzsichernde Ausbildungsvergütungen
- Gesetzlich geregelte Schutz- und Beteiligungsrechte im Betrieb
- Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nicht zu Waren werden
- Junge Menschen sind in die Gestaltung der Globalisierung einzubeziehen. **S**

Alle Gipfel-Infos der DGB-Jugend:
www.dgb-jugend.de/g8



G8 – DAS CAMP

Auf nach Bützow

Die DGB-Jugend organisiert auf dem Camp in Bützow am 3. und 4. Juni 2007 ein besonderes Themenzelt. Für Gewerkschaftsmitglieder gibt es vergünstigte Konditionen: Für das Campticket gibt es Verpflegung, einen eigenen DGB-Jugend-Bereich und Pendelzüge nach Rostock. **S**

Ideen für das Themenzelt an die DGB-Jugend,
E-Mail: jessica.heyser@dgb.de

Anmeldeformular mit Preisen etc:
www.dgb-jugend.de/mediabig/6253A.pdf

Scharfe Attacke



1. Mai ■ Mehr als 450 Veranstaltungen mit 530.000 Teilnehmern hat der DGB zum diesjährigen 1. Mai organisiert. DGB-Chef **Michael Sommer** kritisierte auf der zentralen Kundgebung in Gelsenkirchen erneut die Regierung. Das Land brauche sozial gerecht handelnde Politiker und keine selbst ernannten Arbeiterführer. Mit Blick auf die Rente mit 67 sagte Sommer, die Gewerkschaften seien bislang an der »Arroganz der Macht der großen Koalition in Berlin« gescheitert. Sie würden die Rente aber zum Wahlkampfthema bei der nächsten Bundestagswahl machen. Mindestlöhne dagegen sollten sofort eingeführt werden.

www.dgb.de

Aufschwung macht arm

Kinder in Not ■ In Deutschland lebt fast jedes sechste Kind von Sozialhilfe. Nach einer Erhebung des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe gehörten 2006 1,89 Mio. Kinder unter 15 Jahren zu Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften – 10% mehr als im Vorjahr. Den stärksten Zuwachs verzeichnete Baden-Württemberg mit 12,6% auf 149.000 Kinder, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 12,5% auf fast 74.500. Die meisten armen Kinder leben im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen – fast 468.000. Die Stadt mit den meisten armen Kindern ist Berlin. Dort müssen mehr als 147.000 Kinder von Sozialhilfe leben, fast 10% mehr als 2005.

Rechte Tendenzen

Ausländerbeauftragte besorgt ■ Die Ausländerbeauftragten der Länder haben sich besorgt über den deutlichen Anstieg rechts-extremer und ausländerfeindlicher Straftaten in Deutschland gezeigt. Staat und Gesellschaft seien aufgefordert, das Engagement zur Bekämpfung rechtsextremistischer Entwicklungen zu verstärken und entsprechende Initiativen zu unterstützen, erklärten sie zum Abschluss ihrer Frühjahrskonferenz im April 2007 in Dresden.

DJHT online

Jugendhilfetag 2008 ■ Unter dem Motto »Gerechtes Aufwachsen ermöglichen!« findet der 13. Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) im Juni 2008 statt. Unter www.jugendhilfetag.de ist jetzt das Websiteangebot online gegangen. Interessierte können sich schon jetzt mit der thematischen Ausrichtung des Kongresses auseinandersetzen.

www.jugendhilfetag.de

Billige Lehrer

Ein-Euro-Bayern ■ Von Ein-Euro Jobs in einer bayerischen Schule berichtet die »Süddeutsche Zeitung« im April 2007. Um wochenlangen Unterrichtsausfall zu verhindern, hatte ein bayerisches Gymnasium zu dieser Notlösung gegriffen.

Zunächst hätten zwei »pädagogische Hilfskräfte« für 15 bis 20 Wochenstunden an dem Gilchinger Gymnasium ausgeholfen. Mal hätten sie eine Aufsicht, mal eine Vertretung übernommen. Inzwischen gebe es noch eine Kinderpflegerin, die einspringe.

Ein Modell, mit dem sich etliche Eltern nicht anfreunden mochten. Sie wandten sich an Bayerns Kultusminister **Siegfried Schneider** (CSU). Der ließ verlautbaren, die Schule habe alles Mögliche getan, um einen weitergehenden Unterrichtsausfall in der Klasse zu vermeiden.



S. Schneider

Große Ablehnung

Umfrage: Studiengebühren nutzlos ■ 83% der Studenten bezweifeln, dass Studiengebühren »tatsächlich für eine bessere Ausbildung verwendet werden«. Ein etwa gleich großer Anteil fühlt sich von seiner Hochschule nicht ausreichend über die zusätzlichen Einnahmen informiert. Dies zeigt eine im April 2007 vorgestellte Emnid-Umfrage, interessanterweise im Auftrag der ArbeitgeberInnen »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«. Befragt wurden 1.000 Studierende in den fünf Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Studiengebühren sind weiterhin unpopulär: 67% aller Befragten lehnen sie ab.

www.insm.de

Weniger geworden

Bildungsausgaben ■ Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2005 in Deutschland 144,8 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben (2004: 146,1 Mrd. Euro). Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 6,5% (2004: 6,6%). Während die Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen und Hochschulen, berufliche Ausbildung) von 114,2 Mrd. Euro im Jahr 2004 auf 115,6 Mrd. Euro im Jahr 2005 erhöht wurden, gingen die öffentlichen Ausgaben für die Förderung der Weiterbildung zurück. Dieser Rückgang ist auch auf geringere Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen (- 3,8 Mrd. Euro), die nur teilweise durch Ausgabenanstiege in anderen Bereichen kompensiert wurden.

www.destatis.de

Branchen-Shaming

Mindestlohn ■ Die Mitglieder von ver.di und NGG machen weiter Druck für einen gesetzlichen Mindestlohn. Herzstück der öffentlichen Aktionen: die Mindest-Tour. Ab 1. Mai 2007 wird sie über 50 Städte in 80 Tagen mit der Ausstellung »Arm trotz Arbeit« besuchen. Außerdem wird es als neue Aktionsform ein »Branchen-Shaming« geben dabei werden Gruppen von drei bis vier Personen in Aktions-Kleidung typische Niedriglohnbereiche wie Friseursalons, Blumenläden, Gaststätten, Bäckereien, private Bewacher besuchen und branchenspezifisches Infomaterial an Gäste, Kunden und Beschäftigte verteilen.

www.verdi.de/mindestlohn/mindest.tour_2007

Modelltarif

VW-Studierende ■ Wie man auch mit Studiengebühren verfahren kann, zeigt ein Tarifvertrag für Studierende im Praxisverbund Volkswagen. Der Betrieb übernimmt in Zukunft die Studiengebühren für junge Leute, die eine betriebliche Ausbildung bei dem Autobauer mit einem Studium kombinieren. Die IG Metall hat sich mit dem Konzern auf einen entsprechenden Tarifvertrag geeinigt.

Infos: www.jugend.igmetall.de/vw/

G8 und Kirche

Protestantentreffen ■ Gottesdienste mit Technosound, ein Rolliparcours, ein Fotowettbewerb – das sind drei von insgesamt rund 3.000 Jugendveranstaltungen beim bevorstehenden Evangelischen Kirchentag vom 6. bis 10. Juni 2007 in Köln. Hier soll es Diskussionen zum G8-Gipfel geben und Begegnungen mit palästinensischen Jugendlichen sowie mit Gästen von den Philippinen und aus den baltischen Staaten. Motto: »Mehr Gerechtigkeit ist möglich«.

Infos: www.kirchentag.Net/jugend

Fördertopf

EU-Programm ■ Von 2004 bis 2006 haben 1.535 Organisationen und Einrichtungen für insgesamt 4.786 Einzelprojekte der Jugendarbeit eine Förderung aus dem EU-Aktionsprogramm »Jugend« in Höhe von 27,8 Mio. Euro erhalten.

Dies hat die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 16/4546) auf eine Kleine Anfrage der FDP (16/4236) erklärt. Die Förderung umfasse unter anderem internationale Jugendbegegnungen, europäische Freiwilligendienste und grenzüberschreitende Jugendinitiativen.

GewerkschaftsjugendVZ

Ein Kongress zu gewerkschaftlichen Online-Strategien hinterfragte den Web 2.0-Hype. Von **Silvia Helbig**

Schnell reagieren, viele Menschen erreichen, nachhaltige Botschaften senden – das sind die Ziele von Kampagnen. Um sie zu erreichen, wird das Internet immer wichtiger.

Auch für die Gewerkschaftsjugend. Noch ehe der erste Plakatentwurf abgestimmt ist, ist ein Newsletter schon längst versandt. Und während die Druckerei gerade liefert, haben schon Tausende den Online-Aufruf unterzeichnet. Online-Kampagnen sind schneller und billiger. Aber wie effektiv sind sie?

Antworten auf diese und andere Fragen suchten die Online-Spezialisten der

Gewerkschaften IG Metall, ver.di, IG BCE und des DGB Ende März 2007 in Hannover. Der jährliche Kongress »Online-Strategien von Gewerkschaften« fand zum dritten Mal statt.

Dieses Jahr im Fokus: Web 2.0. Das Schlagwort geistert momentan durch alle Medien.

Die einen feiern die neue Art der Kommunikation, bei der ein Austausch von Wissen statt bloßem Abrufen von vorgefertigten Informationen das Herzstück ausmacht. Die anderen sprechen von einem Hype, bei dem kleine, kreative Plattformen ruckzuck aufgekauft und ausverkauft werden. Die bekanntesten Angebote: Wikipedia, studiVZ, MySpace, YouTube und »Second Life«, das On-

line-Spiel.

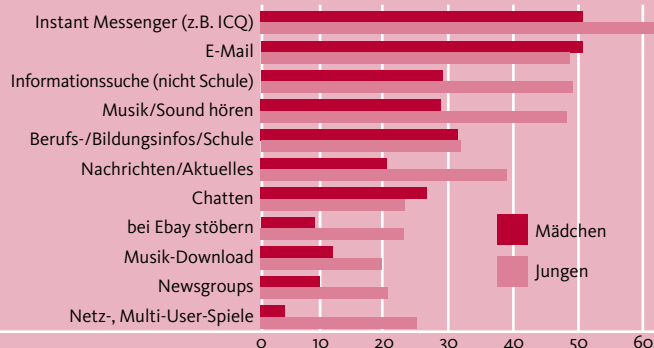
Für die Gewerkschaftsjugend ergeben sich folgende Fra-

gen: Brauchen wir den virtuellen »Dr. Azubi« im »Second Life«? Brauchen wir einen »GewerkschaftsjugendVZ«? Einhellige Meinung: Nein, wir

müssen nicht ins »Second Life«. Die tatsächlichen Nutzerzahlen liegen bei ca.

INTERNET-AKTIVITÄTEN 2006 13-19-JÄHRIGER

täglich / mehrmals pro Woche, Angaben in Prozent



Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, JIM-Studie 2006

200.000 Deutschen, die mehr oder weniger aktiv sind. Aber ja, geschlossene Foren, in denen bestimmte Zielgruppen Themen ihrer Wahl diskutieren sind offensichtlich bei Jugendlichen beliebt. Für Musikliebhaber ist das MySpace, für Studierende studiVZ.

Dabei stellt sich die Frage: Wo treffen sich junge Gewerkschafter? Hier könnte »Gewerkschaftsjugend-

VZ« ein Angebot darstellen, wo einfach Kontakte geknüpft, gepflegt und aktuelle Themen debattiert werden können.

Oder Hype, bei dem kleine, kreative Plattformen ruckzuck ausverkauft werden?

BILLIGBESCHÄFTIGUNG FÜR JUGENDLICHE

Kombi-Jugend

Von **Marco Frank**

Die Regierungskoalition plant, einen Kombilohn zugunsten arbeitsloser Jugendlicher einzuführen. Befristet für die Dauer von drei Jahren, soll das neue Instrument zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erprobt werden.

Grundsätzlich hört sich das gut an, stellt der geplante Kombilohn für Jugendliche doch eine eindeutig bessere Alternative als die zu vergebenden Ein-Euro-Jobs dar, mit denen sich die jungen Arbeitslosen bis heute zufrieden geben müssen.

In der Ausgestaltung des Programms gibt es allerdings noch Fragezeichen: So soll die Qualifizierung nicht dazu dienen, einen Berufsabschluss nachzuholen, obwohl die Betriebe über Facharbeitermangel klagen. Die Teilnehmer des Programms drohen somit schnell in einer beruflichen Sackgasse zu landen, weil sie wegen mangelnder Qualifikation schon bald wieder von Arbeitslosigkeit bedroht sein könnten.

Deshalb muss der Kombilohn mindestens dadurch flankiert werden, dass die auf DGB-Ini-

tiative eingestellten Mittel von 200 Mio. Euro für die Berufsausbildung von Altbewerbern tatsächlich auch von allen Interessenten genutzt werden können. Dafür müssen die gesetzlichen Voraussetzungen zur Teilnahme an geförderter überbetrieblicher Ausbildung erleichtert werden.

Eine erhebliche Einschränkung stellt zudem die geplante Vorschrift dar, dass der Kombilohn für arbeitslose Jugendliche offensichtlich nur bei Einkommen von bis zu 1.000 Euro gewährt werden soll. Dies entspricht selbst nach Berechnungen der Koalition bei einer 40-Stunden-Woche einem Bruttostundenlohn von 5,77 Euro.

Eine solche Bezahlung, die keinen angemessenen Lebensstandard ermöglicht, wäre jedoch inakzeptabel. Lohndumping darf durch den Kombilohn aus Sozialversicherungsbeiträgen nicht auch noch gefördert werden. Deshalb muss das Programm durch eine Vorschrift ergänzt werden, die sicherstellt, dass mindestens Tariflohn gezahlt wird. [5]

Marco Frank ist politischer Referent der DGB-Jugend.



Generell gilt für Online-Kampagnen und Web 2.0-Angebote: probieren, probieren, probieren. Die Effizienz von Online-Kampagnen ist bisher kaum untersucht. Hier hat die DGB-Jugend aber schon sehr gute Erfahrungen gemacht, z.B. mit der Rekordbeteiligung von über 60.000 Unterschriften für die Online-Petition zur Besserstellung von Praktikanten beim Deutschen Bundestag. Oder mit dem hohen Zuspruch, den die Online-Beratung www.doktor-azubi.de täglich erfährt.

Für andere Angebote/Themen sind weitere Online-Kampagnen-Elemente denkbar. Viele NGOs arbeiten mit – günstigen – Online-Kampagnen, wo sich sicherlich einige Anregungen abgucken lassen. Interessierte sollten auf jeden Fall beim nächsten Kongress dabei sein, der kommenden Jahr in Frankfurt/M. stattfinden wird. [5]

Lesetipp: [Projekt int.unity.org: Gewerkschaften und das Internet.](http://projekt.int.unity.org)
www.intunity.org/download/intunity_Bericht_E-Union_DE2004.pdf

Silvia Helbig ist politische Referentin der DGB-Jugend.



Jugend in Würde ...

... statt in der Warteschleife – Juni 2007: Internationaler Jugendkongress zu »Guter Arbeit« in Berlin.

Von **Kathrin Enenkel**

Mit welchen Problemen sind insbesondere junge Menschen im Zeitalter globaler Arbeitsteilung konfrontiert? Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze weltweit? Welche Rollen spielen Gewerkschaften und internationale Akteure bei der Durchsetzung von besseren Arbeitsbedingungen, und was kann internationale Solidarität konkret heißen?

»Decent Work/Gute Arbeit« ist der Titel der Konferenz, die Berlin am 1. und 2. Juni 2007 zum Anlaufpunkt für TeilnehmerInnen und ReferentInnen aus der ganzen Welt macht. Kurz vor dem Beginn der Protestwo-

che gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm öffnet sich auch in der Hauptstadt ein Diskussionsforum, das sich mit den Folgen der Globalisierung beschäftigt.

Zu den Organisatoren gehören neben dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und der DGB-Jugend die Organisationen Solidardar, Social Alert und Global Progressive. Der IGB machte bereits deutlich,

dass insbesondere junge Menschen von den immer härter werdenden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen


sind. Sie machen laut IGB fast die Hälfte aller Arbeitslosen weltweit aus. Unterbezahlung, befristete Arbeitsverträge oder die Aneinanderreihung von Praktika dürften sicher nicht nur aus den Medien bekannt sein.

...immer härter werdenden Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind.

Der Begriff »Decent Work« bedeutet übersetzt soviel wie »menschenswürdig« oder »gute« Arbeit und ist auf die »Decent Work Agenda« der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurückzuführen. Die DGB-Jugend unterstützt diese Agenda und fordert Arbeit in Würde ein, die sowohl gut als auch produktiv ist.

Die Konferenz dient neben der inhaltlichen Auseinandersetzung der Vernetzung junger AktivistInnen, die sich international für menschenwürdige Arbeit einsetzen.

Am Ende der Veranstaltung werden die Ergebnisse und Forderungen der Bundesregierung, diesjährige Trä-

gerin der G8-Präsidentschaft, vorgetragen. 

Infos und Anmeldung: www.dgb-jugend.de/dwc

Kathrin Enenkel ist zur Zeit Praktikantin bei der DGB-Jugend.



Wir sind auch DGB

Aufgepasst: Viele junge Polizisten sind auch Gewerkschafter. Sascha Göritz gibt Verhaltenstipps.

Während des G8-Gipfels sind ca. 17.000 Polizistinnen und Polizisten in und um Heiligendamm im Einsatz. Der Großteil von uns ist Mitglied in der Gewerkschaft der Polizei (GdP) – und wer unter 30 ist, ist auch Mitglied in der Jungen Gruppe, dem Jugendverband der GdP.

Was jeder einzelne Polizist über den Gipfel und die Globalisierung denkt, darf für uns keine Rolle spielen. Denn es ist unser Job, euch zu schützen und die Durchführung des Gipfels zu ermöglichen.

Das heißt: Solange alles friedlich abläuft, muss die Polizei nicht eingreifen. Die angemeldeten Veranstaltungen werden selbstverständlich von uns geschützt. Doch dieser Schutz endet dort, wo eine Veranstaltung oder Einzelne aus der Veranstaltung heraus gewalttätig werden. Gewalttätigkeit kann von uns unter keinen Umständen toleriert werden. Und darin müssen wir uns als Gewerkschafter einig sein.

Vergesst bitte nicht, dass bei euren Veranstaltungen zum G8-Gipfel Polizistinnen und Polizisten in ihrer Freizeit als Gewerk-

schafter dabei sind, um unsere gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Bleibt friedlich und verhaltet euch kollegial, wie es für Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen untereinander selbstverständlich sein sollte.

Zur eigenen Sicherheit sollte jede/r Teilnehmer/in einen Personalausweis mitführen und keine Waffen, Uniformen oder illegalen Substanzen mitnehmen.

Im Rahmen von Aktionen kann es zu einigen Standardmaßnahmen der Polizei kommen:

Personalienfeststellung (deswegen der Ausweis): Wer sich nicht ausweisen kann bzw. wessen Personalien vor Ort nicht einwandfrei geklärt werden können, der kann von uns zur Identitätsfeststellung vorläufig festgenommen werden. Sobald die Identität geklärt ist (jemand bringt den Ausweis vorbei), werdet ihr wieder freigelassen.

Auflösung der Versammlung: Wenn aus der Aktion oder Veranstaltung heraus Straftaten begangen werden, können wir eine

Versammlung auflösen. Einer solchen Auflösung solltet ihr bitte unverzüglich folgen.

Platzverweis: Falls ihr eure Aktion nicht angemeldet habt und die Versammlung aufgelöst wurde, haben wir die Möglichkeit, einen Platzverweis zu erteilen. In der Regel werdet ihr mündlich darauf hingewiesen, dass ihr einzeln oder als Gruppe (für eine bestimmte Zeit) einen bestimmten Ort nicht aufsuchen dürft bzw. ihn zu verlassen habt. Sofern dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wird, können wir weitere Maßnahmen (z.B. Festnahme) ergreifen.

Darüber hinaus besteht natürlich bei Straftaten jederzeit die Möglichkeit der vorläufigen Festnahme. In diesen Fällen habt ihr das Recht, einen Anwalt oder einen rechtlichen Beistand zu suchen bzw. anzurufen (kann auch ein/e Partner/in oder die Eltern sein). 

Sascha Göritz ist Bundesjugendvorsitzender der GdP.



»Wir stehen auf so was«

»Ausbildung für alle« – Gewerkschaften und DGB haben ihre bundesweite Initiative mit viel Resonanz begonnen.

Tausende Jugendliche stehen auf der Straße – aber diesmal nicht, weil sie schlechte Ausbildungschancen haben, sondern weil sie wollen, dass diese besser werden: Mit ihren Aktionen, den »Work Parades«, in Düsseldorf am 23. und Berlin am 24. April 2007, haben die Gewerkschaften ihre Initiative »Ausbildung für alle« gestartet.

2006 waren rund 110.000 Jugendliche unter 25 Jahren in NRW arbeitslos gemeldet, nur 31 Prozent der Betriebe bilden aus. »Dies ist ein Skandal«, so Antonia Kühn, Bezirksjugendsekretärin des DGB NRW. »Wir gehen davon aus, dass rund 60 Prozent der Betriebe ausbilden könnten.« In Düsseldorf kamen 1.200 Jugendliche.

Vors Rote Rathaus in Berlin kamen gar 4.000 junge Leute – denen es zum Beispiel wie dem Berliner Hauptschüler Robert (16) geht: 50 Bewerbungen, ein Gespräch, das schlecht verlaufen ist. »Ich will Systemelektroniker werden«, sagt er. Aber dafür braucht er einen anderen Schulabschluss. Gemeinsam mit Freund Johann (16) will er jetzt auf die Realschule gehen. Die Aktionen der Gewerkschaften und des DGB machen ihnen Spaß. Politisches Engagement gehört bei ihnen dazu: »Wir stehen auf so was«, sagt Robert. »Bei mir ist das Standard«, sagt Johann, der auch Schülersprecher ist und sich hier gespannt die Rede der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Ingrid Sehrbrock anhört. Die erntet viel Applaus mit ihrer Forderung nach mehr Ausbildungsplätzen. »Hier ist soviel los wie sonst nur bei Tokio Hotel«, stellt Rapper Prinz P fest, der nach ihr die Bühne betritt.

Mit »Ausbildung für alle« sind in den nächsten Monaten zahlreiche Aktionen in fast allen Bundesländern geplant. DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf: »Wir machen schon in den Abgangsklassen in den 9. und 10. Klassen darauf aufmerksam, wie problematisch die Situation überhaupt ist, und wollen Druck in Richtung Politik machen.«

Ingrid Sehrbrock hat die Unternehmen in Berlin aufgerufen, ihre Ausbildungsanstrengungen zu verstärken: »Es ist ein Skandal, dass nur 23 Prozent aller Betriebe aus-



Berlin: DGB und Prinz P rockten das Publikum

Foto: Christian v. Polentz / transit-berlin

bilden. Aber dass DAX-Unternehmen, die hohe Gewinne einfahren, immer weniger ausbilden, ist an Verantwortungslosigkeit nicht mehr zu überbieten.«

Nach Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) haben 2006 rund 160.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden. Die Gewerkschaften kritisieren, dass der Ausbildungspakt immer noch von wesentlich niedrigeren Zahlen ausgeht. Sehrbrock: »Da liegt die Vermutung nahe, dass das Problem kleingerechnet werden soll.«

Stephanie Odenwald von der GEW ergänzt: »Noch in den achtziger Jahren gab es Ausbildungsplätze für schwache Schüler.« Heute seien sie in Warteschleifen. Sechs

Milliarden Euro kostet derzeit das Übergangssystem. Dafür könne man echte Ausbildungsplätze schaffen. Odenwald: »Wir brauchen eine staatliche Ausbildungsplatzgarantie.«

Und: Die Zahl der so genannten Altbewerber steigt von Jahr zu Jahr dramatisch. In Stadtstaaten wie Hamburg oder Berlin liegt die Quote der Altbewerberinnen und Altbewerber bereits bei fast 70 Prozent. Der DGB betont daher die Wichtigkeit der

Einführung einer Ausbildungumlage.

Ebenso wie den Gewerkschaften geht es den jungen Leuten auch um die Abschaffung von Studiengebühren und des dreigliedrigen Schulsystems. Sie fordern Lernmittelfreiheit, einen höheren Bildungsetat, kleine Klassen und selbstbestimmtes Lernen.

Die Initiative »Ausbildung für alle« will diesen Forderungen Gehör verschaffen und dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben. Denn die persönlichen Schicksale von Betroffenen, die vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, sind das beste Argument gegen die Behauptungen von Politik und Wirtschaft, am Ausbildungsmarkt gehe es aufwärts. [S](#)

Infos: www.ausbildung-fuer-alle.de

Literatur: Stephanie Odenwald, Ulrich Thöne: *Generation abgeschoben*, Bertelsmann, Bielefeld 2007, 172 S., 14,90 Euro

DAS WILL »AUSBILDUNG FÜR ALLE«

Jugend braucht Perspektive

Betriebliche Ausbildung im dualen System – ergänzt durch Teilzeitberufsschule – muss derzeit in großem Umfang durch öffentlich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote ersetzt werden. Bund, Länder und Bundesagentur für Arbeit sollen von den Kosten für betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung entlastet werden.

Der DGB erwartet, dass sich grundsätzlich alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen entweder an der Ausbildung oder an den Ausbildungskosten beteiligen. Das bedeutet auch, dass die Finanzierung auf eine neue Basis gestellt werden muss.

Durch ein Bundesgesetz sollen daher alle Betriebe zur Zahlung einer Berufsausbildungsumlage zur Finanzierung der Gesamt-Ausbildungskosten herangezogen werden.

Tarifliche oder branchenbezogene Lösun-

gen haben Vorrang. Unternehmen, die durch Branchenfonds oder Tarifverträge nicht erfasst werden oder deren Branchenfonds oder Tarifverträge die jährlich vorgesehene Quote nicht erreichen, zahlen in einen Ausbildungsfonds bei der jeweiligen Berufsgenossenschaft.

Mit den so eingenommenen Mitteln sollen betriebliche Ausbildungsplätze, Plätze in Ausbildungsverbänden und außerbetriebliche Ausbildungsplätze finanziert werden.

Die Konzentration von Politik und Wirtschaft auf die schnelle Bereitstellung fehlender Ausbildungsplätze hat gleichzeitig die Frage nach der Qualität von Ausbildung in den Hintergrund gedrängt. Die Bundesregierung hat diese Situation noch verschärft, indem sie die Ausbildereignungsverordnung außer Kraft gesetzt hat. Die Folge: Die Qualifikation des Ausbildungspersonals geht zurück. Jugendliche müssen sich aber auf hohe Qualität in allen Bildungsgängen verlassen können. Dazu gehören verbesserte Qualitätssicherungs- und -entwicklungsmaßnahmen. [S](#)

Immer noch: Verhandlungssache

Ob wir uns bei Personalgesprächen durchsetzen, hängt auch davon ab, wie geschickt und kreativ wir sind. Tipps und Verhandlungstechniken. Teil II

In der Kolumne »Verhandlungssache Teil I« (Soli 3-2007) wurde darauf eingegangen, wie man sich am besten auf eine Verhandlung vorbereitet. Jetzt kommt es zum eigentlichen Gespräch.

Ausgangsposition verbessern

Am Anfang der Verhandlungen mit dem Ausbilder haben viele Auszubildende das Gefühl, unterlegen zu sein. Der Ausbilder sitzt am längeren Hebel, er hat Autorität und Macht. Deshalb ist es vor dem Gespräch wichtig, die eigene Position zu stärken und sich zu überlegen, was man tun kann, wenn das Gespräch scheitert. Eine Option könnte darin bestehen, dass man sich einen anderen Ausbildungsplatz sucht. Manchmal hilft schon ein Blick ins Internet – wenn man einige Stellenausschreibungen sieht.

Der richtige Zeitpunkt

Für die Verhandlungen ist es wichtig, dass eine bestimmte Zeitspanne zur Verfügung steht, in der Azubi und Ausbilder ungestört sind. Der Azubi sollte deshalb einen konkreten Zeitpunkt vorschlagen. Dabei sollte er berücksichtigen, wann der Ausbilder wohl am zugänglichsten und in guter Stimmung ist. Der Azubi könnte seine Anfrage so formulieren: »Ich würde gerne mit Ihnen über ein paar Aspekte meiner Ausbildung sprechen. Ich denke das Gespräch dauert ungefähr eine halbe Stunde. Haben Sie nächsten Montag Zeit dafür?«

Nette Gesten

Viele Handlungen kosten nicht viel und erzeugen trotzdem beim Gegenüber eine positive Wirkung. Der Azubi könnte z.B. am Montag das Zimmer seines Ausbilders betreten und ihm einen Kaffee mitbringen.

Sprich per Ich

In dem gesamten Gespräch ist es wichtig, dass der Azubi in Ich-Sätzen spricht. Auf diese Weise vermeidet man Schuldzuweisungen und kann die eigene Situation besser verdeutlichen. Der Azubi sollte also nicht sagen: »Sie nutzen mich aus und erwarten einfach, dass ich immer putze.« Sondern: Ich muss jede Woche drei bis vier Stunden die Praxis putzen, und dabei komme ich mir ausgenutzt vor.«

Gemeinsame Interessen ansprechen

Der Azubi sollte sich vor dem Gespräch klar machen, dass es einige gemeinsame Interessen gibt. Diese gemeinsamen Interessen sollte er im Gespräch immer wieder ansprechen:

- »Wir haben doch beide ein Interesse an einem guten Arbeitsklima...«
- »Uns beiden liegt doch daran, dass die Praxis gut läuft...«
- »Wir haben doch beide ein Interesse daran, dass ich gut ausgebildet werde und immer mehr Arbeiten übernehmen kann...«

Die Zukunft im Blick

Das Gespräch sollte immer auf die Zukunft gerichtet sein. Es geht also weniger darum, für die Vergangenheit Schuldzuweisungen auszutauschen, sondern darum, für die Zukunft Lösungen zu finden. Die Auszubildende sagt also nicht: »Ich war mit der Qualität meiner Ausbildung bis jetzt unzufrieden.« Sondern: »Ich möchte gerne bestimmte Inhalte in nächster Zeit erlernen.«

Interessen klären/ Vorschläge unterbreiten

Es ist wichtig, dass man Interessen von Positionen trennt. Wenn der Auszubildende sagt: »Ich weigere mich in Zukunft zu putzen«, bringt er damit eine Position zum Ausdruck und nicht sein eigentliches Interesse, das vielleicht so aussieht: »Ich bin bereit, auch in Zukunft zu putzen, aber ich möchte dafür eine Anerkennung. Ich denke da zum Beispiel daran, dass Sie die Kosten für meine Monatsmarke übernehmen. Damit sparen Sie sich eine Putzkraft – und ich fühle mich beim Putzen nicht ausgenutzt.«

Auch der Ausbilder wird seine eigene Positionen mit seinen Interessen verwechseln. Dann versucht er seine Macht zu demonstrieren anstatt auf einen Vorschlag einzugehen. Er sagt dann zum Beispiel: »Ach, jetzt entscheiden schon Sie, ob ich Ihre Monatsmarke bezahle oder nicht, das wird ja immer schöner!«

Hier sollte der Azubi die Interessen hinter der Position mit offenen Warum-Fragen aufdecken. »Warum können Sie sich nicht vorstellen, mir etwas für das Putzen zu bezahlen?«

Argumente bestätigen

Indem man die Argumente des anderen wiederholt, bestätigt man die Aussagen des anderen und nimmt ihn ernst. Das ist eine

gute Methode, um ein gutes Verhandlungsklima zu schaffen. Eine Wiederholung kann auch dazu führen, dass das Gegenüber übertriebene Aussagen konkreter und realistischer trifft. Sagt der Ausbilder zum Beispiel: »Ja, wenn ich meinen Auszubildenden jede Überstunde bezahle, dann stünde ich ja morgen vor dem Ruin«, könnte der Azubi

zum Beispiel antworten: »Habe ich Sie richtig verstanden: Sie befürchten, dass Sie morgen die Praxis schließen müssten, wenn Sie meine Überstunden auszahlen würden. Wie hoch wäre denn der Betrag ihrer Meinung nach?«



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Über die Beziehung verhandeln

Wenn sich der Verhandlungspartner stur zeigt und sich darauf verlegt, Macht zu demonstrieren, kann es wichtig sein, die Beziehung zu thematisieren. Wenn der Ausbilder sagt: »Ich bestimme hier, was gemacht wird – und niemand sonst«, könnte der Azubi antworten: »Ich habe den Eindruck, dass es sehr schwierig für Sie ist, Vorschläge von mir anzunehmen. Können Sie mir sagen, warum das so ist?«

Auf neutralen Beurteilungen bestehen

Nicht alles ist Verhandlungssache: Es gibt Gesetze, die einen bestimmten Rahmen vorgeben. Und eine neutrale gesetzliche Grundlage kann die Verhandlungen erleichtern. Sagt der Ausbilder zum Beispiel: »Es ist doch normal, dass Auszubildende im zweiten Lehrjahr nicht ständig assistieren«, könnte der Azubi antworten: »Ich bin da anderer Meinung als Sie und habe den Eindruck, dass wir so nicht weiterkommen. Ich würde deshalb vorschlagen, dass wir gemeinsam den Ausbildungsrahmenplan durchgehen und uns anschauen, was für das zweite Lehrjahr konkret vorgesehen ist.«

Den anderen als Partner behandeln

Es zeigt Wirkung, wenn man den anderen nicht als Gegner, sondern als Partner behandelt. Der Auszubildende sollte den Ausbilder in der Verhandlung als Kollegen sehen, mit dem er gemeinsam ein Problem lösen muss. Das sollte er auch zum Ausdruck bringen: »Wir sind hier offensichtlich unterschiedlicher Meinung. Wie können wir das Problem lösen?« [5]

Teil I »Das mulmige Gefühl, wenn ein Gespräch mit dem Chef ansteht« erschien in Soli 3-2007.

Buchtipp: Roger Fisher u.a.: »Das Harvard-Konzept«, Campus, Frankfurt/M. 2003, 268 S., 24,90 Euro

Praktika: Alles supi?

Die Studie »Generation Praktikum – Mythos oder Massenphänomen?« vermittelt, dass der Berufseinstieg von Hochschulabsolventen beinahe reibungslos funktioniert.

Die präsentierten Zahlen lassen die Schlussfolgerung zu, dass es sich bei Praktika nach dem Studium gegenwärtig nicht um ein Massenphänomen handelt und der Begriff ‚Generation Praktikum‘ mit Blick auf den beruflichen Verbleib von Hochschulabsolventen nicht gerechtfertigt ist« – schreiben die Autoren Kolja Briedis und Karl-Heinz Minks in der aktuellsten Studie zum Thema Praktika.

Dann ist ja alles okay, oder? Briedis' und Minks' Umfrage für die Hochschulinformations-System GmbH (HIS) bei mehr als 10.000 Hochschulabsolventen des Jahrgangs 2005 liefert erstmals bundesweit repräsentative Daten über Praktika nach dem

Studium. Wesentliche Erkenntnis: Auch wenn Praktika nach dem Studium in der Vergangenheit zugenommen haben, handle es sich nicht um ein Massenphänomen.

Etwa jeder achte Absolvent eines Fachhochschulstudienganges und etwa jeder siebte mit einem universitären Abschluss war nach dem Studium Praktikant. Zu den Fachrichtungen, in denen die Absolventen vergleichsweise häufig ein Praktikum aufnehmen, zählen Biologie und Wirtschaftswissenschaften. Und: Immerhin rund jeder vierte Sprach- und Kulturwissenschaftler und auch jeder fünfte Absolvent der Psychologie bestreitet nach dem Studium noch ein oder mehrere Praktika. Am häufigsten sind Absolventen der Magisterstudiengänge als Praktikanten tätig (34 Prozent). Und: Eine Vergütung bekamen 66 Prozent der Praktikanten mit Uni- und 83 Prozent mit Fachhochschulabschluss.

Die Verbreitung von Kettenpraktika oder Praktikumskarrieren soll gering sein:

Nur etwa jede zehnte Fachhochschulabsolvent, der nach dem Studium ein Praktikum absolviert hat, und etwa jeder fünfte Universitätsabsolvent mit Praktikumserfahrungen nach dem Studium hat zwei oder mehr Praktika durchlaufen. Rund die Hälfte hat Praktika von maximal drei Monaten absolviert. Bei einem weiteren Drittel liegt die Gesamtdauer der Praktika zwischen vier und sechs Monaten, und nur sehr wenige haben Praktikumserfahrungen von einem oder mehr als einem Jahr.

Fazit der Studie: Der berufliche Einstieg über Praktika soll mitnichten der Regelfall sein. Probleme beim Berufseinstieg dürften sich stattdessen in Form von befristeten Beschäftigungsverhältnissen, unterwertiger Beschäftigung und/oder schlechter Bezahlung äußern. [S](#)

Die HIS-Studie im Internet: www.his.de/pdf/22/generationpraktikum.pdf

Zu kurz gegriffen

HIS-Studie: Wenn man genau hinsieht, ist die »Generation Praktikum« eine »Generation prekär«, sagt die DGB-Jugend.

Schön, dass die Problematik Praktika in der Absolventenforschung berücksichtigt wird. Darauf hat die DGB-Jugend gedrängt.

Allerdings ist der Untersuchungszeitraum zu kurz, um den Berufseinstieg genügend zu beleuchten. Das ist sind maximal 1,5 Jahre, die mit Praktika gefüllt werden können. Viele der Befragten werden erst seit ein paar Monaten mit dem Studium fertig sein und haben sicherlich noch Praktika vor sich. Deshalb wäre die HIS-Befragung nach mehreren Jahren interessant, weil hier alle Befragten mit ihren tatsächlichen Praktika u.a. prekären Erfahrungen einfließen.

Zwölf Prozent der Fachhochschul-Absolventen und 15 Prozent der Uni-Absolventen haben laut HIS-Studie Praktika absolviert. Das ist nicht der reale Teil, weil ja ein Großteil der Befragten noch gar keine Zeit hatte, prekäre Erfahrungen zu machen, aber das ist schon mal kein so marginaler Teil, dass es nicht Wert ist, diese Praktika gesondert aufzuführen, wie es das HIS bisher betont hat. Interessant ist: Die Hälfte der Befragten sagt, Praktika haben nicht dazu geführt, eine Stelle zu finden.

Und: Kettenpraktika sind Randerscheinungen? Wir sagen, die »Generation Praktikum« ist eine »Generation prekär«: Nicht nur Praktika, alle unsicheren, unterbezahlten Phasen zählen – und müssen erfasst werden.

Eine andere Studie des Instituts für Arbeit und Technik (IAB) besagt: Nur 2,3 Prozent (150.000 pro Jahr) aller im letzten Jahr vergebenen Jobs gingen an ehemalige Praktikanten. Mitte 2006 gab es 600.000 Praktikanten in deutschen Unternehmen, die Anzahl der Praktikanten im ganzen Jahr liegt um Vielfaches höher, da Praktikanten monatsweise da sind. Die Stellen der ehemaligen Praktikanten waren häufiger befristet (55 Prozent) als die der anderen eingestellten Beschäftigten (43 Prozent).

Um für Praktikanten bessere Bedingungen zu schaffen, fordert der DGB gesetzliche Regelungen von der Bundesregierung. Es muss klar definiert werden, was als Praktikum gilt, die Mindestvergütung soll 300 Euro pro Monat betragen, und die Dauer von Praktika darf drei Monate nicht überschreiten. [S](#)

Silvia Helbig

KOMMENTAR

Kein Grund zur Entwarnung

Von Ingrid Sehrbrock, stellvertretende DGB-Vorsitzende

Wir haben lange darauf gedrängt, dass Praktika in der Absolventenforschung berücksichtigt werden. Doch die Ergebnisse sind wenig aussagekräftig: Der Befragungszeitraum von einem halben bis maximal anderthalb Jahren nach Studienabschluss ist zu kurz, um Angaben über den Berufseinstieg bzw. Praktika nach dem Studium machen zu können. Wenn man ein ehrliches Bild der Situation haben möchte, müssen mindestens die ersten drei Jahre nach Studienabschluss untersucht werden. Neben Praktika sind auch andere prekäre Jobverhältnisse wie Befristungen, ungewollte Teilzeitarbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit und Unterbezahlung zu berücksichtigen.

Gespräche mit Betroffenen, die Ergebnisse einer Studie des DGB gemeinsam mit der FU Berlin und auch die Rekordbeteiligung an der DGB-Online-Petition zum Praktikum (über 60.000 Stimmen) zeigen, dass viele junge Menschen im Praktikum als billige Arbeitskräfte missbraucht werden und in vielen anderen Formen prekärer Beschäftigung landen. Das Schlagwort »Generation prekär« ist deshalb richtig. Wir bleiben dabei: Berufseinsteiger brauchen besseren Schutz. [S](#)



WEBTIPP DES MONATS

Uff, noch einen Kater vom »Girls' Day«? Das Thema sollte nicht auf einen Tag beschränkt bleiben: Der Berufsratgeber »Style Your Future« – u.a. mit herausgegeben und produziert vom DGB und »Bravo Girl« – nimmt frauenuntypische Jobs unter die Lupe. Die Broschüre »Ready For Job« stellt Berufe vor, in denen Jungs noch die Ausnahme sind. Porträts, Interviews, Buchtipps, nützliche Internetadressen – hier ist alles zu finden. Kostenlos zum Download.

www.girls-day.de, www.bwverlag.de

+ Sukuma Millennium Award: Dieser europäische Filmpreis setzt sich schwerpunktmäßig mit entwicklungspolitischen Themen rund um die globalen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen auseinander, in den nächsten Jahren mit den Themen Arbeitsbedingungen



und -rechte. Die Besonderheit: Jeder Bürger in Europa kann diesen Filmpreis gewinnen und sich aktiv beteiligen.

Infos: www.sukuma.net/presse

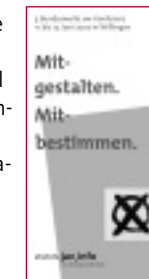
+ Anmelden: Wer nicht cämp(f)t hat schon verloren« heißt das Camp von DGB-Jugend und ver.di-Jugend Hessen im Juni 2007 in Melnau, Mittelhessen. Für gute Laune sorgen jede Menge Workshops, Musik, Sport und eine gemeinsame Aktion zur Übernahme-situation von Azubis in Marburg.

Vom 28. Juni bis 1. Juli 2007. Infos: Cornelia Dörries, Tel.: 069 / 27 30 05 57, www.hessen.dgb.de



+ JAV-Konferenz der ver.di-Jugend: Mitte Juni 2007 findet die dritte bundesweite JAV-Konferenz der Dienstleister statt – diesmal in Willingen/Hessen. In Branchen- und Themenmeetings bieten sich zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten in Sachen Ausbildungsplatzsituation, Ausbildungsqualität und Jugendarbeitsschutzgesetz.

11. bis 13. Juni 2007. Online-Anmeldung: www.jav.info/jav-konferenz



+ Friedensfahrradtour: Radeln für den Weltfrieden – insbesondere in Deutschland – kann man demnächst in Grafenwöhr: Die Aktion »Auf Achse für Frieden und Abrüstung« wirbt für Schritte, die eine Senkung der Rüstungsausgaben und eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik bewirken.

28. Juli bis 5. August 2007 in Grafenwöhr-Rammstein. Anmeldung: Tel.: 0711 / 215 51 12, E-Mail: ba-wue@dfg-vk.de, Infos: www.schritte-zur-abruerstung.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork PN GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

SEMINARE

Studienreise nach England: Wie funktioniert betriebliche Interessenvertretung in Großbritannien? Die Seminarteilnehmer werden junge Arbeitnehmer vor Ort treffen und verschiedene Ansätze der Mitbestimmung diskutieren. Zum Abschluss steht ein Besuch beim Festival in Tolpuddle an, wo an die »Märtyrer von Tolpuddle« erinnert werden soll, die bei der Entstehung von Gewerkschaften in Großbritannien eine wichtige Rolle gespielt haben.

9. bis 15. Juli 2007. Buchungscode EUG 8662

Gewaltdeeskalation: Wer Gewalt vermeiden oder verhindern will, muss genau wissen, wo ihre Ursachen zu suchen und zu finden sind und welche Wirkungen und Spuren Gewalt hinterlässt. Das Training basiert auf thematischen Bausteinen, die in unterschiedlichen Sequenzen Hilfe zur Übertragung in die eigene Bildungsarbeit geben.

22. bis 24. Juni 2007. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen, Buchungscode GED 8625

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin



Ich möchte monatlich ___ Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	